

Was bleibt für die Einwohner?

Politiker stellen sich bei einer Podiumsdiskussion in Havelberg den Fragen von Bürgern. Neues Gesetz soll mehr Akzeptanz für erneuerbare Energien schaffen.

VON MAX TIETZE

HAVELBERG. „Wie kommen wir mit einer Energieversorgung klar, die wir brauchen, und mit der Veränderung, wie ist es mit den Ressourcen, die wir selber haben und die wir zukaufen müssen? Wie kann der Mensch das Ganze verantwortlich tun und davon auch einen Nutzen haben?“, mit diesen Fragen begrüßte Landtagsabgeordnete Juliane Kleemann (SPD) die Gäste bei der von ihrer Fraktion initiierten Podiumsdiskussion im Paradiessaal in Havelberg. Die anstehenden Änderungen sind Herausforderung und Chance, führen aber auch zu Ablehnung. Es geht nach den Worten von Juliane Kleemann um das Gestalten für die kommenden Generationen.

Plus für die Kasse

Keine Energieform bot bisher eine Beteiligung von Bürgern und Kommunen. Sachsen-Anhalt gehört zu den Vorreitern bei der Erzeugung erneuerbarer Energien in Deutschland. Mehr als 60 Prozent der Bruttostromerzeugung wird aus Solar-, und Windkraftanlagen sowie anderen Quellen gewonnen. Der zunehmende Ausbau stößt nicht überall auf Zustimmung.

Um die Akzeptanz zu erhöhen, sollen Kommunen und Bürger stärker an Gewinnen aus der Energieerzeugung beteiligt werden. Somit soll Geld vor Ort bleiben. Daher hat das Land Sachsen-Anhalt im April des vergangenen Jahres den Entwurf des „Akzeptanz- und Beteiligungsgesetzes“ beschlossen. Nach dem Entwurf geht eine feste Ausschüttung an die Gemeinden. Danach könnten beispielsweise pro Windrad etwa 30.000 Euro in die Gemeindekasse fließen. Ziel ist nach den Worten von Thomas Wunsch (SPD), Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt, das Gesetz im ersten Halbjahr 2025 zu beschließen.

Preise und Versorgung

Thomas Wunsch aus Schönebeck, Juliane Kleemann (SPD) aus Osterburg, Mitglied im Landtag von Sachsen-Anhalt, und Mathias Bölt (parteilos), Bürgermeister der Hansestadt Havelberg, stellten sich den Fragen von Bürgern aus der Domstadt und der Region im Rahmen der Podiumsdiskussion.

Zuvor war es Thomas Wunsch, der aus Sicht der Verwaltung und Landesregierung das Thema der



Staatssekretär Thomas Wunsch (von links), Landtagsabgeordnete Juliane Kleemann und Bürgermeister Mathias Bölt stellten sich in Havelberg im Paradiessaal den Fragen der Gäste bei der Podiumsdiskussion zum Thema Bürgerbeteiligung und erneuerbare Energien.

FOTO: MAX TIETZE

Kommentar

Kann der Wind jemandem gehören?



MAX TIETZE über die Diskussion zur Windenergie.

Eine wahrhaft philosophische Frage tauchte in der Diskussion über Möglichkeiten zur Beteiligung an Windkraftanlagen in Havelberg auf: Wem gehört der Wind?

Warum wird über etwas gestritten und darum gerungen, was keinem gehört. Wind ist das, wo er weht. Würden wir jemandem in einem Land irgendwo auf der Welt Wind wegnehmen, wenn wir hier Windenergie in elektrische Energie umwandeln? Wind zu nutzen, ist so alt wie die Menschheit. Kontinente wurden von Seefahrern entdeckt, in die Segel der Schiffe

blies der Wind. Windmühlen standen in jedem Dorf und werden heutzutage liebevoll restauriert. Moderne Windkraftanlagen können so konstruiert werden, dass in gut 30 Jahren kaum etwas zum Restaurieren übrig bleibt. In dem Zeitraum könnte die Menschheit etwas anderes erfinden, um Energie zu gewinnen. Der Dialog ist gefragt, um auf einen Nenner bei erneuerbaren Energien zu kommen, damit Mensch und Natur etwas davon haben. Ganz ohne Strom will auch niemand mehr leben. Den Autor erreichen Sie unter: max.tietze@volksstimme.de

erneuerbaren Energien beleuchtete. Mit dem Ukraine-Konflikt war deutlich geworden, wie wichtig Energie ist. Die Preissprünge zwingen zum Handeln unter dem Blickwinkel Preise und sichere Versorgung. Dass die Erträge vor Ort bleiben und nicht alles an Investoren geht, soll nun per Gesetz geregelt werden. Dies würde auch für die Kommunen Planungssicher-

heit bedeuten, wenn rund 30.000 Euro pro Jahr und Windkraftanlage in die Gemeindekasse fließen, und das über 15 bis 20 Jahre.

Bürgermeister Mathias Bölt (parteilos) schilderte, wie Havelberg derzeit in Sachen erneuerbare Energie aufgestellt ist. Die Stadt hat keinen Zugriff auf fossile Brennstoffe. Würde das Beteiligungsgesetz kommen, wäre die

Chance gegeben, dass Geld in die Kasse kommt, ohne dass Kreis oder Land darauf zugreifen würden. Derzeit wächst das Loch im Haushalt jedes Jahr um rund 1,5 Millionen Euro. Solange das so ist, wird Havelberg wie andere Orte nicht ohne Konsolidierung, ohne Sparkonzept, auskommen. Erneuerbare Energien haben ihre Vor- und Nachteile. Wie eine Beteiligung aussehen könnte, hat laut Mathias Bölt Osterburg aufgezeigt: „Das wäre eine Blaupause.“

Angesprochen auf die Fledermausarten im möglichen Gebiet nördlich von Havelberg, äußerte der Bürgermeister, dass derzeit geprüft wird, ob überhaupt gebaut werden kann. Wird über Windkraft und Waldflächen diskutiert, würden sich Flächen anbieten, in denen ohnehin aufgeforstet werden muss. Hier wäre die Chance, vom bewirtschafteten Nadelwald auf einen natürlichen Mischwald zu wechseln und der Natur freien Lauf zu lassen. Bei der Planung gehören Umweltschützer dazu. Mehrfach wurde darauf hingewiesen, dass vorhandene Tierarten Beachtung verdienen.

Wie wichtig das Stadtbild Havelbergs ist und für den Tourismus zählt, wurde diskutiert. Der Bürgermeister betonte, dass der Bereich südlich von Havelberg als geschützt angesehen wird. Es bleibt immer die Frage, welche Alternative gibt es. Dass Bürger beteiligt werden, sei geregelt.

Digitales Guthaben ist Thema

Aus den Reihen der Gäste kam der Hinweis, vorzudenken und den Klimawandel ernst zu nehmen. Diskutiert wurde über den Einsatz des Hochleistungsisolationsgases Schwefelhexafluorid oder den Abrieb an Rotorblättern. Für die Besucher ist von Bedeutung, dass der ländliche Raum nicht allein die Windkraftanlagen hinnehmen sollte, und Städte die Thematik von sich weisen könnten. Ob in Zukunft ein „digitales Guthaben“ den Bürgern zustehen könnte, die Energie liefern, ist ein Thema für die Zukunft. Die Beteiligung gibt es bereits in anderen Ländern, so der Staatssekretär.

Hinweise gab es, die erneuerbaren Energien nicht nur auf Wind und Solar zu beschränken. Die Podiumsdiskussion zeigte einmal mehr, dass in Hinblick auf die Energien der Zukunft noch viel gesprochen werden muss, um letztlich einen Kompromiss zu finden.